
I N L A N D

Kirchen drängen auf verstärkte Maßnahmen zum Klimaschutz	2
Ökumenischer Rat der Kirchen mahnt Klimaschutzgesetz ein und appelliert an jeden einzelnen, das eigene Konsum, Mobilitäts- und Energieverhalten zu überprüfen	
Missbrauch: Bischofskonferenz aktualisiert Richtlinien	3
Bischofskonferenz-Vorsitzender Erzbischof Lackner betont entschlossene Aufarbeitung - Intensive Zusammenarbeit mit Ordenskonferenz - Präventionsarbeit wird ausgebaut - Unabhängige Opferschutzkommission hat bisher in 2.515 Fälle zugunsten von Betroffenen entschieden	
Scheuer: Klimawandel ist Brennpunkt globaler Gerechtigkeit	4
Linzer Bischof hebt bei Eröffnungsgottesdienst zur Pro Scientia-Sommerakademie das Wasser als "Menschenrecht" hervor sowie als "Eigentum aller, auch zukünftiger Generationen"	
Burgenlandkroaten pilgerten wieder nach Mariazell	5
Linzer: Anton Birngruber neuer Leiter des Bischöflichen Schulamts	5
Innsbruck: Elisabeth Rathgeb ab Mittwoch neue Caritasdirektorin	6
Burgenland: Neuer Superintendent will "Kirchenferne" ansprechen	7
Initiative Christlicher Orient: 70 Hilfsprojekte und Spendenrekord	8
Slowakisch-Österreichische Woche im Zeichen des Austauschs	9
Am 1. September beginnt für Orthodoxe Kirche neues Kirchenjahr	10
Medjugorje-Gebet mit Schönborn und Bootsflüchtling, der Bischof wurde	10

V A T I K A N & R O M

Papst: Pfarren zu "Fitnessstudios christlichen Lebens" machen	11
Kardinal Parolin über christlichen Beitrag zu Frieden in Korea	11
Papst spricht mit Sant'Egidio-Gründer über Armutsfragen	12
Sant'Egidio-Gründer beklagt Mangel an Friedensgebeten	12

A U S L A N D

Caritas Europa: EU darf geflüchtete Afghanen nicht abweisen	13
Generalsekretärin Nyman fordert faire Asylverfahren für derzeit "kleine Zahl" von Betroffenen	
Diözese Bozen-Brixen ist jetzt Mitglied des Klimabündnisses	13
Armenisch-katholische Kirche wählt einen neuen Patriarchen	14
Papst-Botschafter in Belgien und Bosnien-Herzegowina im Ruhestand	15
Indonesien spannt Religionen für Impfkampagne ein	15
Generalvikar in Kamerun entführt	15
Vor 25 Jahren wurde in Burundi Erzbischof Ruhuna ermordet	16

K U L T U R & M E D I E N

Podcast "Wollzeile 33" präsentiert theologische Bücher	17
---	----

I N L A N D

Kirchen drängen auf verstärkte Maßnahmen zum Klimaschutz

Ökumenischer Rat der Kirchen mahnt Klimaschutzgesetz ein und appelliert an jeden einzelnen, das eigene Konsum, Mobilitäts- und Energieverhalten zu überprüfen

Wien, 31.08.2021 (KAP) Der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich mahnt dringend verstärkte Maßnahmen zum Klimaschutz ein. Gefordert ist die Politik, aber auch jeder Einzelne und jede Einzelne, wie einer Erklärung des ÖRKÖ-Vorstandes vom Dienstag zu entnehmen ist. Der Klimawandel sei längst auch in Österreich angekommen. Es brauche entschiedenes Handeln auf allen Ebenen. Von den politisch Verantwortlichen fordert der ÖRKÖ unter anderem die rasche Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes. Der Vorstand des Rates äußerte sich anlässlich des Beginns der kirchlichen Schöpfungszeit am 1. September.

Der jüngste UN-Weltklimabericht sei eindeutig, hält der ÖRKÖ fest: Die fortschreitende Erwärmung der Erdatmosphäre sei vom Menschen verursacht. Um die globale Erwärmung zu bremsen, muss die Emission von Treibhausgasen dringend reduziert, der Ausstoß vor allem von CO₂ möglichst auf "netto Null" gebracht werden, so die unmissverständliche Schlussfolgerung im Weltklimabericht. All das mache deutlich: "Es gibt kein unbegrenztes Wachstum, keine unbegrenzte Ausbeutung der Natur. Der menschliche Umgang mit der Natur muss neu gedacht und umgesetzt werden."

Die Vertreter mahnen umfassende Solidarität ein und halten fest, dass jene, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, sogar am meisten davon betroffen seien. Das betreffe die gegenwärtige Menschheitsfamilie und noch viel mehr die künftigen Generationen.

Wörtlich heißt es in der Erklärung: "Wir rufen dringend jeden Einzelnen und jede Einzelne dazu auf, den eigenen Lebensstil zu überprüfen und mögliche Änderungen im Konsum, Mobilitäts- und Energieverhalten in Angriff zu nehmen. Wir sind überzeugt: Eine solche Lebensumstellung birgt auch die Chance einer neuen Lebensqualität."

Die Politik wird aufgefordert, endlich mit Mut notwendige Maßnahmen zu setzen. "Es braucht dringend ein entsprechendes Klimaschutzgesetz. Es braucht einen klaren politischen Fahrplan für die Klimaneutralität bis 2040 mit

überprüfbareren Zwischenzielen", so der ÖRKÖ-Vorstand, und weiter: "Wir appellieren an alle politischen Verantwortungsträger, bei ihren Handlungen nicht Strategien für die nächsten Wahlen, sondern die absehbaren Lebensbedingungen ihrer Kinder und Kindeskinde im Blick zu haben!"

Der ÖRKÖ weist zudem auf die "Charta Oecumenica" hin - ein Dokument, das die Kirchen vor 20 Jahren verabschiedet haben. Schon damals habe man der Bewahrung der Schöpfung ein eigenes Kapitel gewidmet. Dieses habe nichts von seiner Gültigkeit verloren. Die Kirchen verpflichten sich in der "Charta Oecumenica" u.a. dazu, "einen Lebensstil weiterzuentwickeln, bei dem wir gegen die Herrschaft von ökonomischen Zwängen und von Konsumzwängen auf verantwortbare und nachhaltige Lebensqualität Wert legen".

Der ÖRKÖ lädt weiters auch zur Teilnahme an der grenzüberschreitenden ökumenischen Bodenseewallfahrt am 4. September ein. Man wolle gemeinsam mit der deutschen Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz (AGCK) "ein deutliches Zeichen setzen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann". Der Klimawandel mache vor keinen nationalen Grenzen Halt "und ebenso muss es auch mit dem ökologischen Engagement sein".

Dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) gehören 17 Kirchen an: die Altkatholische Kirche, Anglikanische Kirche, Armenisch-apostolische Kirche, Bulgarisch-Orthodoxe Kirche, Evangelische Kirche A.B., Evangelische Kirche H.B., Evangelisch-methodistische Kirche, Griechisch-Orthodoxe Kirche, Koptisch-Orthodoxe Kirche, Römisch-Katholische Kirche, Rumänisch-Orthodoxe Kirche, Russisch-Orthodoxe Kirche, Serbisch-Orthodoxe Kirche und Syrisch-Orthodoxe Kirche. Die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche, der Bund der Baptistengemeinden und die Neuapostolische Kirche sind "Mitglieder mit beratender Stimme". Weitere Institutionen bzw. Organisationen besitzen Beobachterstatus. (Infos: www.oekumene.at)

Missbrauch: Bischofskonferenz aktualisiert Richtlinien

Bischofskonferenz-Vorsitzender Erzbischof Lackner betont entschlossene Aufarbeitung - Intensive Zusammenarbeit von Bischofskonferenz und Ordenskonferenz - Präventionsarbeit wird ausgebaut - Unabhängige Opferschutzkommission hat bisher in 2.515 Fälle zugunsten von Betroffenen entschieden

Wien, 31.08.2021 (KAP) Die Österreichische Bischofskonferenz hat die kirchlichen Richtlinien gegen Missbrauch und Gewalt überarbeitet und veröffentlicht. Sie treten mit 1. September in Kraft und gelten wie bisher für den gesamten kirchlichen Bereich, sowohl für die hauptamtlichen als auch für die ehrenamtlichen Mitarbeiter. Die Rahmenordnung wurde erstmals 2010 erlassen, 2016 erfolgte eine überarbeitete Version.

Erzbischof Franz Lackner, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, betont im Vorwort, dass die Katholische Kirche seit mehr als zehn Jahren aufrichtig bemüht sei, "die Wunden, die von Klerikern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Pastoral und in kirchlichen Einrichtungen durch Gewalt und Missbrauch geschlagen worden sind, wahrzunehmen und entschlossen aufzuarbeiten".

Es bleibe "unser aller Aufgabe, mit dem klaren Blick auf den Umgang mit den uns anvertrauten Menschen, vor allem den besonders Schutzbedürftigen, die Wahrnehmung und Verpflichtung auf einen guten und wertschätzenden Umgang miteinander einzumachen und einzufordern", so Lackner. Dabei sehe man auch den Vorwurf von geistlichem Missbrauch, der seit einiger Zeit gelegentlich vorgebracht wird; auch dieses Thema werde im Blickfeld bleiben müssen, so der Vorsitzende der Bischofskonferenz.

Zusammenarbeit mit Ordenskonferenz

Die aktualisierte Rahmenordnung wurde in intensiver Zusammenarbeit mit der Ordenskonferenz überarbeitet. Einige Abläufe wurden auf Basis der Erfahrungen der vergangenen Jahre etwas modifiziert, um eine für alle Beteiligten - Betroffene, Beschuldigte bzw. kirchliche Obere - bestmögliche Lösung zu finden. So wurden die Möglichkeiten, genaue Überprüfungen durchzuführen, erweitert. Andererseits können Verfahren, wenn dies im Interesse der Betroffenen (also der Opfer) ist, auch abgekürzt werden. Neu eingerichtet wird von der Bischofskonferenz und der Österreichischen Ordenskonferenz zudem ein gemeinsamer "Beirat Opferschutz".

Die in der Rahmenordnung enthaltene Verfahrensordnung regelt das Zusammenwirken verschiedener kirchlicher Einrichtungen: Neben den diözesanen Ombudsstellen als Erstanlaufstellen für Betroffene sind es die Diözesankommissionen, die Verdachtsfällen nachgehen und den Bischof, Ordinarius oder die Oberen und Oberinnen bei der Entscheidung beraten. Auch die Ordensverantwortlichen sind in genau geregelter Form in das Verfahren einbezogen. Über finanzielle Hilfe und Therapiekosten entscheidet die "Unabhängige Opferschutzkommission" unter dem Vorsitz von Waltraud Klasnic. Die Auszahlung der Mittel erfolgt über die kirchliche "Stiftung Opferschutz". Die Verfahrensordnung regelt neben der Hilfe für Opfer auch die Vorgangsweise bei Beschuldigten sowohl hinsichtlich eines kirchenrechtlichen als auch eines staatlichen Strafverfahrens.

Neben der ausführlichen Verfahrensordnung wird in der Rahmenordnung auch großer Wert auf die Prävention gelegt, wofür vor allem die in jeder Diözese eingerichteten Stabsstellen für Prävention von Missbrauch und Gewalt zuständig sind. Auch die Orden intensivieren ihre Präventionsbemühungen mit eigenen Beauftragten und Schulungen für die einzelnen Ordensgemeinschaften und deren Einrichtungen.

Dass der Präventionsbereich ständig weiterentwickelt wird, zeigt sich u.a. daran, dass derzeit detaillierte Bestimmungen für die lokale, regionale und diözesanübergreifende Kinder- und Jugendarbeit erarbeitet werden. Diese werden demnächst gesondert von der Bischofskonferenz und der Ordenskonferenz erlassen. Als neue Formen von Missbrauch bzw. Gewalt wird in der Rahmenordnung nun auch "Spirituelle Gewalt" sowie Gewalt in digitalen Medien thematisiert.

Die Rahmenordnung wurde in der Vollversammlung der Österreichischen Ordenskonferenz am 10. Mai und in der Sommervollversammlung der Österreichischen Bischofskonferenz von 14. bis 16. Juni beschlossen. Schon mit ihrem Schreiben vom 29. Mai teilte die Glaubenskongregation mit, dass ihrerseits keine Einwände gegen

die vorliegende Neufassung bestehen. Die Rahmenordnung tritt mit 1. September 2021 in Kraft.

Seit 2010 hat die Unabhängige Opferschutzkommission 2.515 Fälle zugunsten von Betroffenen entschieden. Mit Stand vom 31. Mai 2021 sind 140 Fälle noch in Bearbeitung, in 215 Fällen wurden weder finanzielle Hilfe noch Therapie zuerkannt. Die Kirche hat alle Entscheidungen der Opferschutzkommission akzeptiert und umgesetzt. Den Betroffenen wurden bisher in Summe 32,7 Mio. Euro zuerkannt, davon 25,9 Mio. Euro als Finanzhilfen und 6,8 Mio. Euro für

Therapien. Bis zu 70 Prozent der Zahlungen werden von Ordensgemeinschaften geleistet.

Die meisten Vorfälle sind rechtlich verjährt und haben sich hauptsächlich in den 1960er- und 1970er-Jahren ereignet. 51,2 Prozent der Fälle sind vor 1970 geschehen, 32,3 Prozent in den 1970er-Jahren, 10,6 Prozent in den 1980er-Jahren, 4,1 Prozent in den 1990er-Jahren und 1,3 Prozent seit 2000. 0,5 Prozent der Fälle sind noch nicht zeitlich zugeordnet.

Die überarbeitete Rahmenordnung sowie weitere Informationen dazu sind zu finden unter: www.ombudstellen.at

Scheuer: Klimawandel ist Brennpunkt globaler Gerechtigkeit

Linzer Bischof hebt bei Eröffnungsgottesdienst zur Pro Scientia-Sommerakademie das Wasser als "Menschenrecht" hervor sowie als "Eigentum aller, auch zukünftiger Generationen"

St. Pölten, 31.08.2021 (KAP) Der Klimawandel entwickelt sich nach den Worten von Bischof Manfred Scheuer zunehmend zu einem "Brennpunkt globaler Gerechtigkeit". Die Frage der Schöpfung bilde "eine Einheit mit der Frage nach Gerechtigkeit und Frieden", sagte der Linzer Oberhirte am Montagabend in Raabs an der Thaya (NÖ), wo er den Eröffnungsgottesdienst der Sommertagung von "Pro-Scientia" feierte. Für das österreichische Studienförderungsnetzwerk ist Scheuer innerhalb der Bischofskonferenz der zuständige Referatsbischof.

Die noch bis Sonntag dauernde Sommertagung dreht sich um das Generalthema "Wasser", und auch Scheuer nahm darauf Bezug. "Gerade beim Wasser sind Ästhetik, Politik, Ethik, Ökonomie und Spiritualität zu verbinden", so der Bischof laut Predigtmanuskript. Konflikte um Wasser, Öl, Rohstoffe und Lebensräume führten in manchen Ländern schnell zu Kriegen, zugleich sei Wasser schon immer auch mit Naturkatastrophen verbunden gewesen, hätten auch die Überschwemmungen des heurigen Sommers gezeigt. In anderen Regionen sei die Trockenheit und Dürre ein großes Problem, hier werde Wasser zum umkämpften Rohstoff. Scheuer: "Täglich werden wir daran erinnert, dass im Bereich der Umwelt etwas geschehen muss."

Dabei sei Wasser die "Grundlage allen Lebens", sei ein "Menschenrecht" und gehöre "allen, auch zukünftigen Generationen", verwies Scheuer auf die Enzyklika "Laudato si". In dieser greife Papst Franziskus beim Kapitel zur Wasserfrage

die "Vernutzung" der Natur durch die Menschen auf und mache deutlich, "dass wir nicht so weiter wirtschaften können wie bisher". Die Beschädigung der Natur hänge eng mit der Kultur zusammen, die das menschliche Zusammenleben gestalte. "Wenn in der Gesellschaft die 'Humanökologie' respektiert wird, profitiert davon auch die Umweltökologie", betonte der Bischof. Auch der Papst spreche von einer recht verstandenen Ökologie des Menschen.

Es wäre jedoch fatal, die Wasserfrage ausschließlich als ethisches oder politisches Problem zu sehen, fuhr Scheuer fort. Eine "Spiritualität der Schöpfung" dürfe nicht die "Freude, Dankbarkeit und ein Gespür für das Schöne, der Geschmack am Guten" vergessen oder ausblenden. In der Bibel spiele Wasser von der Urflut bis hin zu vielen Jesusgeschichten eine wichtige Rolle, und viele Gelehrte hätten das Wasser ebenso in den Mittelpunkt gestellt. So verwies Scheuer etwa auf Franz von Assisi, der im Sonnengesang das "keusche, demütige Wasser" der "Schwester Quelle" pries. Thomas von Aquin habe spekuliert, ob sich Schmerz und Traurigkeit "durch Schlaf und Bäder lindern" ließen, während Teresa von Avila Wasser und Bewässerung zur Erläuterung geistlicher Erfahrungen und Prozesse verwendete. Auch in der Volksfrömmigkeit hätten Heilige wie Christophorus, Florian oder Johannes Nepomuk einen speziellen Bezug zum Wasser, erinnerte Scheuer.

UNO-Angaben aus dem Jahr 2009 zufolge haben rund 783 Millionen Menschen keinen

Zugang zu sauberem Trinkwasser, während sogar 2,6 Milliarden Menschen ohne jedwede sanitäre Grundversorgung leben. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO beläuft sich weltweit die Zahl der jährlichen Toten in Folge von unsauberem Trinkwasser und schlechten hygienischen Bedingungen auf acht Millionen

Menschen, davon 1,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Momentan leiden weltweit bereits mehr als eine Milliarde Menschen unter extremer Wasserknappheit; nach Schätzungen der OECD wird es im Jahr 2030 die Hälfte der Weltbevölkerung sein. (Infos: www.proscientia.at)

Burgenlandkroaten pilgerten wieder nach Mariazell

Rund tausend Wallfahrerinnen und Wallfahrer am vergangenen Wochenende im steirischen Marienheiligtum

Mariazell, 31.08.2021 (KAP) Rund tausend Pilgerinnen und Pilger haben am vergangenen Wochenende an der traditionellen Wallfahrt der Burgenlandkroaten nach Mariazell teilgenommen. Das dreitägige Wallfahrtsprogramm begann schon Freitagabend mit dem feierlichen Einzug der Pilger in die Basilika und einer Abendmesse und endete Sonntagnachmittag mit der Übergabe der Wandermuttergottes von der Pfarre Zillingtal an die Pfarre Parndorf. Höhepunkt der Wallfahrt war Sonntagvormittag der Festgottesdienst in der Basilika, dem der Eisenstädter Bischofsvikar Zeljko Odobasic vorstand.

Odobasic leitet das Kroatische Vikariat der Diözese Eisenstadt.

Die gemeinsame Wallfahrt der Burgenlandkroaten nach Mariazell gibt es seit 1923. Seit 1973 besteht auf Initiative des damaligen Eisenstädter Diözesanbischof Stefan Laszlo der Brauch, dass eine Wandermadonna bei der Wallfahrt mitgetragen und in Mariazell jeweils einer anderen kroatischen Pfarre übergeben wird. Seit dem Fall des Eisernen Vorhanges im Jahr 1989 werden dabei auch die beiden Nachbarländer Ungarn und die Slowakei mit eingebunden.

Linz: Anton Birngruber neuer Leiter des Bischöflichen Schulamts

Theologe, Religionspädagoge und Schulmanager folgt mit 1. September auf Prof. Franz Asanger

Linz, 31.08.2021 (KAP) Mit 1. September 2021 übernimmt Anton Birngruber die Leitung des Bischöflichen Schulamtes der Diözese Linz in Nachfolge von Prof. Franz Asanger. Das teilte die Diözese Linz in einer Aussendung (Dienstag) mit. Asanger, der seit 1. Dezember 2013 dieses Amt innehatte und nun in den Ruhestand tritt, war zuvor von 2000 bis 2013 Direktor des Bischöflichen Gymnasiums Petrinum.

Anton Birngruber wurde 1976 in Freistadt geboren. Nach seinem Theologiestudium an der Katholischen Privat-Universität Linz absolvierte er das Unterrichtspraktikum an der HTL Paul-Hahn-Straße in Linz. Im Schuljahr 2003/04 begann er seine langjährige Lehrtätigkeit an den Tourismusschulen Bad Leonfelden. Dort war er als Religionslehrer, als Lehrer für Ethik, Persönlichkeitsbildung sowie Vital- und Hotelmanagement tätig.

2012 wurde Birngruber zum Ständigen Diakon geweiht, engagiert sich seitdem als

ehrenamtlicher Diakon am Mariendom Linz und in der Dompfarre. Zudem leitet er mit seiner Frau, Margarethe Birngruber-Wimmer, seit 2018 den Ausbildungslehrgang für das Ständige Diakoniat in der Diözese Linz.

Mit 1. März 2014 wurde Birngruber zum Fachinspektor für den katholischen Religionsunterricht bestellt. Die Weiterentwicklung des Religionsunterrichts sei ihm ein besonderes Anliegen, heißt es in der diözesanen Mitteilung. Im Studienjahr 2017/18 absolvierte Birngruber die Leadership Academy des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung. 2020 schloss er das Studium Schulmanagement an der TU Kaiserslautern ab.

Von 2009 bis 2014 war Birngruber Mitarbeiter am Institut für Fort- und Weiterbildung an der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz und dort auch Leiter des Lehrgangs "Fachdidaktik Religion" für die Unterrichtspraktikantinnen und -praktikanten. Ebenfalls in diesen

Zeitraum fällt seine Tätigkeit als Landes-ARGE-Leiter Religion für die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen in Oberösterreich.

Das Schulamt ist zuständig vor allem für den katholischen Religionsunterricht, wobei in Oberösterreich rund 1.300 Lehrerinnen und

Lehrer 125.000 Schülerinnen und Schüler unterrichten. Verantwortung trägt das Schulamt auch für die Private Pädagogische Hochschule der Diözese Linz sowie für die 45 katholischen Schulen in Oberösterreich.

Innsbruck: Elisabeth Rathgeb ab Mittwoch neue Caritasdirektorin

Pressegespräch am Freitag mit Rathgeb und Bischof Glettler - Scheidender Caritasdirektor Schärmer will "Heartliner" im Land und bilanziert zu vergangenen politischen Auseinandersetzungen: "Im Nachhinein gesehen war ich sicher oft zu brav"

Innsbruck, 31.08.2021 (KAP) Am Mittwoch, 1. September, übernimmt Elisabeth Rathgeb die Leitung der Caritas der Diözese Innsbruck. Die neue Caritasdirektorin wird bei einem Pressegespräch mit Bischof Hermann Glettler am Freitag, 3. September, in Innsbruck (Heiliggeiststraße 16; 10 Uhr) ihre Pläne für die Zukunft vorstellen. Die Theologin und Historikerin war als Lehrerin tätig und leitete das Bildungshaus St. Michael in Matrei am Brenner. Von 2004 bis 2019 war Rathgeb Leiterin des diözesanen Seelsorgeamtes, seither bereits stellvertretende Caritasdirektorin.

Der scheidende Caritasdirektor Georg Schärmer zog nach 23 Jahren in dieser Funktion in der "Tiroler Tageszeitung" und der "Kronen Zeitung" (Dienstag) nochmals Bilanz: "Was unser Land braucht, sind 'Heartliner' - also Menschen mit Herz - und keine Hardliner", so Schärmer gegenüber der "Tiroler Tageszeitung" im Blick auf die Afghanistan-Krise und die Haltung der österreichischen Regierung.

In Österreich sei die Pflege "das brennendste Thema überhaupt". In 30 Jahren würden etwa 800.000 Menschen in Österreich Pflege benötigen. Diese Herausforderung verlange sogar nach einem eigenen Minister, mahnte Schärmer. Pflege betreffe jedoch nicht nur den Staat, sondern jeden und jede. Gegen die Einsamkeit kämpfe die Caritas schon länger. Jetzt stehe der Spatenstich für ein Integrationshaus mit begegnungsfördernden Wohnformen für 250 Menschen bevor, darunter Menschen mit Behinderung oder einer Suchtproblematik. Die Diözese Innsbruck stelle den Grund zur Verfügung, mit der Stadt wolle man gemeinsam entscheiden, wer dort wohnen wird. Die Nachfrage sei jedenfalls groß, so Schärmer.

Politische Auseinandersetzungen und Dynamiken haben für Schärmer in seiner Amtszeit immer dazugehört. "Im Nachhinein betrachtet

war ich aber sicher oft zu brav", so sein persönlicher Rückblick. Konfrontativ schärfere Formulierungen können jedoch die finanzielle Unterstützung für die Caritas gefährden. Das habe eine seiner Erfahrungen gezeigt. "Ich bin nicht mehr so scharf gewesen, wie mich mein Innerstes eigentlich getrieben hätte." Als Politiker würde er einen Rechtsanspruch zur sozialen Absicherung und bezahlten Auszeit für pflegende Angehörige in die Wege leiten. Und er würde sich für seine Themen "Verbündete in allen Lagern" suchen. Denn das Kunsthandwerk der Politik bestehe nicht in Kampf, Sieg und Niederlage, sondern darin, Brücken zu bauen.

Von den vielen Krisen der vergangenen 23 Jahre seien ihm das Hochwasser 2005 in Tirol und der Krieg im Kosovo mit einer Begegnung mit 35 kosovarischen Witwen am stärksten in Erinnerung geblieben, so Schärmer: "Diese versteinerten Mienen, diese Hoffnungslosigkeit, diese Angst - das sind Erlebnisse, die tief unter die Haut gehen." Statt den geplanten zwölf Tiroler Sattelschleppern mit Hilfsgütern seien letztlich mehr als 50 gefahren. Mehr als 5.000 Menschen waren an der Sortierung in Tirol beteiligt. Schärmer: "Das waren schon sehr berührende Szenen."

Viele Klimaflüchtlinge zu erwarten

Die große Solidarität der Tiroler habe vermutlich etwas mit dem eigenen Erleben von Katastrophen und Armut zu tun, etwa nach Lawinen, Erdbeben und Hochwasser, so der Caritasdirektor. In den nächsten 15 Jahren sei mit vielen Klimaflüchtlingen zu rechnen. Er wünschte sich mehr Taten von Staatengemeinschaften. Denn er sei überzeugt, dass es die große Fluchtbewegung 2015 nicht gebraucht hätte, "wenn in den Flüchtlingslagern in Syrien und den angrenzenden Ländern genügend Versorgung vorhanden gewesen wäre".

In nächster Zeit will sich Schärmer mehr dem Schreiben und Musizieren widmen. Im Herbst soll ein Buch erscheinen. Zudem wünscht er sich mehr Zeit für seine Enkel und will "Menschen zu Menschen führen".

Als Vermittler von Räumen für Begegnung, Musik, Diskussionen und Philosophieren outete sich Schärmer auch im Interview mit der "Kronen Zeitung": "Uns fehlt heute die Kultur des Nachdenkens, des Vordenkens. Genau dafür

brauchen wir mehr Räume, nicht nur beim Forum in Alpbach."

Seine Zuversicht erhalte er sich mit guten, hoffnungsvollen, geglückten Geschichten aus dem Leben. Das schärfe den Blick für das Gelungene. Statt einem Honorar für einen Vortrag bitte er oft um eine gute Geschichte. "Noch nie blieb jemand das Honorar schuldig", so die Bilanz des scheidenden Caritasdirektors.

Burgenland: Neuer Superintendent will "Kirchenferne" ansprechen

Am 1. September übernimmt Robert Jonischkeit das Amt des burgenländischen Superintendenten der Evangelischen Kirche A.B.

Eisenstadt, 31.08.2021 (KAP) Nach den pandemiebedingten Lockdowns der letzten eineinhalb Jahre gelte es nun verstärkt, die Menschen wieder in Gottesdienste zu bringen. Das betonte der neue burgenländische evangelische Superintendent Robert Jonischkeit in einem APA-Interview anlässlich seines Amtsantritts am 1. September. So möchte Jonischkeit neben der Kerngemeinde mit einem guten Bezug zur Kirche verstärkt auch "Kirchenferne" ansprechen, zu denen oft Jugendliche gehörten. Ebenfalls Stellung bezog er zu den Themen Klima, Sterbehilfe, Asyl und Migration, sowie zu Gottesdiensten in Pandemie-Zeiten.

Eine "1-G-Regelung für die Kirche" könne er sich nur schwer vorstellen, sagte Jonischkeit, denn "jemanden, der zum Gottesdienst kommen will, an der Kirchentür zurückzuweisen, das widerstrebt mir". "Die Kirche möchte offen und einladend sein", an die Vorgaben habe man sich jedoch immer streng gehalten, betonte der neue Superintendent. Sollte es die Infektionslage erfordern und sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen wieder ändern, werde man auch diese befolgen.

Eine generelle Impfpflicht lehne Jonischkeit ab, so sie sich vermeiden lässt: "Mit Überzeugung ist viel zu machen." Er poche viel eher darauf, Menschen die Angst vor der Impfung zu nehmen. Vorstellbar ist für ihn persönlich hingegen eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen.

"Absolut unverständlich" ist für Jonischkeit die aktuelle Vorgangsweise der Regierung in Bezug auf Afghanistan: "Angesichts der Situation in Afghanistan zu sagen, wir nehmen niemanden mehr auf, das widerspricht meines Erachtens nicht nur der Genfer Flüchtlingskonvention,

sondern grundsätzlich dem, was ich unter der europäischen Kultur verstehe." Die Umsetzung einer derartigen Aussage sei aufgrund bestehender internationaler Verträge auch gar nicht möglich, ortet der Superintendent lediglich den "Versuch einer Botschaft an die Öffentlichkeit": "Wobei ich mir natürlich ein anderes Signal der Regierung wünschen würde."

"Individueller Rahmen" für Sterbehilfe

Die Neuregelung des aufgehobenen Verbots der Sterbehilfe durch die Regierung bis Jahresende ist für Jonischkeit ein "unglaublich komplexes Thema". Inhaltlich schließe er sich Aussagen über den Wert und den Schutz des Lebens an. Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit in der Krisenintervention könne er den persönlichen Wunsch, nicht weiterleben oder nicht auf eine bestimmte Art sterben zu wollen, aber nachvollziehen. "Was ich mir nicht wünsche ist, dass durch gesetzliche Bestimmungen dann wieder ein indirektes Totalverbot entsteht. Es wird sehr genaue und individuelle Rahmenbedingungen brauchen, wie eine solche Begleitung geregelt werden kann", so der evangelische Superintendent.

Eine zentrale Aufgabe sei auch der Klimaschutz: "Wir müssen dafür Sorge tragen, dass eine lebbare Zukunft auf diesem Planeten auch für die nächste Generation möglich ist. Das führt uns nicht in die Steinzeit. Der vom Menschen gemachte Klimawandel ist wirklich ein Thema, mit dem wir uns nicht nur in langen Theorien, sondern in der Praxis beschäftigen müssen", meinte der Vater zweier Söhne.

Jonischkeit tritt die Nachfolge von Superintendent Manfred Koch an, der am Wochenende mit einem Gottesdienst verabschiedet wurde. Der

gebürtige Tiroler war zuletzt Pfarrer in Kufstein und wurde Anfang März dieses Jahres zum neuen burgenländischen Superintendenten gewählt. Durchaus überraschend, wie er selbst meinte, denn gleich im ersten Wahlgang erlangte er die hierfür nötige Zwei-Drittel-Mehrheit. Er setzte

sich außerdem gegen zwei Pfarrerinnen aus dem Burgenland durch. Als seine zentrale Aufgabe sieht Jonischkeit, "mit viel Zeit und offenen Ohren bei den Gemeinden reinzuhören" und diese Themen bei den eigenen Zielsetzungen zu berücksichtigen.

Initiative Christlicher Orient: 70 Hilfsprojekte und Spendenrekord

ICO-Jahresbericht 2020 erschienen - Erstmals mehr als eine Million Euro an Spenden - Hilfe für Menschen in Not in Syrien, Irak, Libanon, Palästina, Jordanien, Armenien und Türkei - Bischof Scheuer: Mit Bildung Kindern Zukunftsperspektiven vermitteln

Linz, 31.08.2021 (KAP) Die "Initiative Christlicher Orient" (ICO) konnte 2020 mit rund 1,13 Mio. Euro einen neuen Spendenrekord verzeichnen. Damit war es möglich, 70 Hilfsprojekte im Nahen Osten zu finanzieren, wie aus dem aktuell veröffentlichten Jahresbericht des in Linz ansässigen Hilfswerks hervorgeht. Die ICO hat damit ihr Spendenaufkommen innerhalb der vergangenen fünf Jahre mehr als verdoppeln können. Der Linzer Bischof Manfred Scheuer hebt in dem Jahresbericht vor allem die Bedeutung von Bildungsprojekten für Kinder hervor.

Ein Schwerpunkt lag 2020 demnach auf der Corona-Nothilfe im Libanon, in Syrien, Jordanien, Irak und Palästina. Einer Vielzahl von Familien und Menschen konnten Lebensmittel- und Hygienepakete zur Verfügung gestellt werden. Dafür wurden mehr als 170.000 Euro zur Verfügung gestellt. Für die Winternothilfe in Syrien, im Irak und im Libanon wurden mehr als 110.000 Euro ausgegeben. Damit seien Heizöl, warme Decken oder auch warme Winterbekleidung für hunderte Kinder finanziert worden, wie es heißt.

Zusätzlich wurden laut ICO auch 2020 wieder für viele Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien durch die Übernahme von Schulpatenschaften Zukunftsperspektiven ermöglicht. Das größte Einzelprojekt war 2020 die Reparatur des kirchlichen Kinderheims St. Charles in Beirut. 165.000 Euro wurden für die Wiederherstellung des bei der verheerenden Explosion im Hafen der libanesischen Hauptstadt im August 2020 schwer beschädigten Gebäudes aufgewendet. Zu der Einrichtung St. Charles, die vom Orden der Barmherzigen Schwestern geführt wird, gehört auch eine Schule, die ebenfalls betroffen war und renoviert wurde. Für 650 Schülerinnen und Schüler aus den ärmsten Beiruter Familien sind die Schule bzw. das Heim die

einzigste Chance, eine gute Schulbildung zu erhalten.

Insgesamt wurden 22 Hilfsprojekte im Libanon, 21 in Syrien und 18 im Irak umgesetzt. Die restlichen Projekte verteilen sich auf Jordanien, Palästina, Armenien und die Südosttürkei (Tur Abdin). Der ICO sei es Dank der Spenderinnen und Spender auf vielfältige Weise gelungen, "Hoffnung zu spenden und Leben zu retten", betont ICO-Obmann Slawomir Dadas.

Der Linzer Bischof Manfred Scheuer hebt in seinem Grußwort im Jahresbericht die Bedeutung der Bildung hervor und führt als Beispiel die ICO-Projekte im Libanon an: "Bildung ist nicht nur dazu da, um Wissen zu erwerben. Bildung ist eine Form der Selbstentfaltung und Weltorientierung, die besonders auch den Kindern im Libanon zugutekommen muss." Wollte man dem Libanon eine gute Zukunft ermöglichen, dann müsse man den libanesischen Kindern Perspektiven dafür vermitteln.

Die Renovierung von St. Charles in Beirut, an der sich u.a. auch das Land Oberösterreich und die Diözese Linz beteiligt hatten, sei ein "Leuchtturmprojekt", das auch den großen Stellenwert, den Christinnen und Christen der Bildung beimessen, zum Ausdruck bringe, so der Bischof: "Es verdeutlicht unser christliches Menschenbild."

Der Jahresbericht ist über die ICO-Website (www.christlicher-orient.at) abrufbar. Die "Initiative Christlicher Orient" unterstützt seit mehr als 30 Jahren die Christen im Orient. Zahlreiche Hilfsprojekte werden jedes Jahr umgesetzt. Zudem informiert die ICO über die Kirchen bzw. Christen im Nahen Osten und die gesellschaftlichen und politischen Vorgänge vor Ort. (Infos: www.christlicher-orient.at bzw. www.facebook.com/initiativechristlicherorient)

Slowakisch-Österreichische Woche im Zeichen des Austauschs

30. Auflage der Seminar- und Kulturwoche zum Thema "Freiheit und Verantwortung" lieferte Beispiele für kontinuierlich gepflegte Nachbarschaft

Wien, 31.08.2021 (KAP) Unter dem Motto "Freiheit und Verantwortung" hat vergangene Woche die bereits 30. Slowakisch-Österreichische Seminar- und Kulturwoche im mittelslowakischen Babin nahe Banska Bystrica stattgefunden. 30 Interessierte - darunter auch Österreichs Botschafterin in der Slowakei, Margit Bruck-Friedrich - nahmen trotz strenger Pandemie-Vorschriften teil. Ziel sei gewesen, neben der Beantwortung religiöse, kultureller und politischer Fragen zum besseren gegenseitigen Verständnis und zur Solidarität zwischen den slowakischen und österreichischen Teilnehmern beizutragen, berichtete am Dienstag die Katholische Aktion der Erzdiözese Wien, die gemeinsam mit dem Salesianischen Institut für Erwachsenenbildung in der Slowakei zu den Veranstaltern zählte.

Botschafterin Bruck-Friedrich verwies auf die 40.000 täglichen Pendler zwischen den beiden Nachbarländern und hob die Bedeutung des Miteinanders durch persönliche Begegnung hervor - "besonders für kleine Länder, die eine gemeinsame Geschichte und ein gemeinsames Werteverständnis haben". Auf enge Zusammenarbeit und eine "aktive Zivilgesellschaft" komme es an, auch in Fragen des Infrastruktur-, Klima- und Umweltbereichs. Das Interesse an slowakischen Schulen am Deutschunterricht steige; als wichtig für beide Länder erachte sie jedoch eine "Besinnung aufs Europäische". Slowaken sollten dabei selbstbewusster, Österreicher bescheidener auftreten.

Anhand seines eigenen Lebens sprach der in Bruck an der Donau (Most pri Bratislave) geborene Salesianerpriester P. Alois Saghy darüber, wie er als Vertriebener in Zeiten von Kriegswirren seine eigene Freiheit und Verantwortung wahrgenommen hatte. Waren seine Eltern zu Kriegsende noch am Vortag freie Bauern gewesen, wurden sie am nächsten Tag als "Deutsche" unter unmenschlichen Bedingungen abgeschoben, so der Wiener Ordensmann, der im Buch

"Aufgewacht in der Patronenfabrik am 4. Juli 1945" Zeitzeugenberichte gesammelt hat und als Organisation der "Brucker Treffen" zu den Motoren des binationalen Austauschs zählt.

Philosophisch stehe der Freiheits-Begriff meist für Unabhängigkeit, Grenzenlosigkeit, Ungebundenheit oder auch Bewegungsfreiheit, während aus christlicher Sicht die Verantwortung im Vordergrund stehe, legte die Psychologin Maria Homolova in ihrem Vortrag über Grenzen der Freiheit dar. Der Mensch sei frei, sich für oder auch gegen eine Beziehung zu Gott zu entscheiden, der jedoch "das beste Gut" sei. Durch die Sünde werde demnach Freiheit begrenzt oder vernichtet; vergrößert werde sie hingegen durch das Wahrnehmen von Verantwortung.

Im weiteren Verlauf der Woche legte unter anderem der slowakische Parlamentskandidat Raphael Ambros bei einem "politischen Abend" dar, wie sehr populistische Tendenzen sachliche Arbeit erschweren. Von derartigen Tendenzen auch in Österreich berichtete der Politikwissenschaftler Franz Vock, der auf die Bedeutung der Nachhaltigkeit im Handeln, des Engagements der Zivilgesellschaft sowie von Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie wies. Die Teilnehmer erarbeiteten "Lernbereiche für die Zukunft", darunter ein Auskommen mit "weniger", gerechte Verteilung, Abschied von der "Magie der großen Zahlen" und Luxus, sowie einen Fokus auf lokales Handeln bei globalem Denken und persönliche Glaubenszeugnisse.

Die bereits 1991 kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gestartete Slowakisch-Österreichische Seminar- und Kulturwoche versteht sich als Beispiel für gelebte Nachbarschaftspflege. Kennenlernen und Erfahrungsaustausch werden dabei laut den Veranstaltern seit jeher großgeschrieben. Nachdem im Vorjahr Corona-bedingt Pause war, konnte heuer der Brückenschlag zwischen Österreich und der Slowakei erneut aufgenommen werden.

Am 1. September beginnt für Orthodoxe Kirche neues Kirchenjahr

Der 1. September wird zudem seit 30 Jahren als "Tag der Bewahrung der Schöpfung" begangen

Wien, 31.08.2021 (KAP) Für die mehr als 500.000 orthodoxen Christen in Österreich beginnt mit dem 1. September das neue Kirchenjahr - im Unterschied zur katholischen und evangelischen Kirche, wo dies am ersten Adventsonntag der Fall ist. Während das Kirchenjahr in der Westkirche christologisch orientiert ist (und vom Advent bis zum Christkönigsfest reicht), ist es in der Ostkirche marianisch ausgerichtet. Das erste große Fest im orthodoxen Kirchenjahr ist demnach das Fest der "Geburt der Gottesmutter" (8. September), das letzte Fest ist "Maria Entschlafung" (15. August).

In Österreich sind sieben orthodoxe Kirchen mit festen Strukturen vertreten, drei davon haben auch ihre Bischofssitze im Land: das Ökumenische Patriarchat, die Russisch-orthodoxe Kirche und die Serbisch-orthodoxe Kirche. Die Bischofssitze der vier anderen Kirchen (Patriarchat von Antiochien, Bulgarisch-orthodoxe, Rumänisch-orthodoxe und Georgisch-orthodoxe Kirche) befinden sich in Deutschland.

Der 1. September wird in der orthodoxen Kirche zudem seit rund 30 Jahren als "Tag der Bewahrung der Schöpfung" begangen. Dies geht auf eine Initiative des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel zurück. 1989 hatte der damalige Patriarch Dimitrios "die ganze orthodoxe und christliche Welt" eingeladen, am 1. September "zum Schöpfer der Welt zu beten: mit Dankgebeten für die große Gabe der geschaffenen Welt und mit Bittgebeten für ihren Schutz und für ihre Erlösung". Diese Initiative wurde 1992 von der gesamten Orthodoxen Kirche begrüßt und übernommen, katholische und evangelische Ortskirchen folgten.

Seit 2015 ist der bereits davor ökumenisch begangene "Schöpfungstag" am 1. September auch offiziell durch Papst Franziskus als "Weltgebetstag für die Schöpfung" im katholischen Kalender eingetragen.

Medjugorje-Gebet mit Schönborn und Bootsflüchtling, der Bischof wurde

"Message for You" im Wiener Stephansdom im Zeichen des 40-Jahr-Jubiläums des bosnischen Marienwallfahrtsortes

Wien, 31.08.2021 (KAP) Friede ist bei allen politischen Bemühungen nicht einfach machbar, sondern ein "Geschenk", um das der Mensch Gott bitten und ihm dafür danken soll: In diesem Zeichen steht das Medjugorje-Friedensgebet "Message for You", das am Dienstag, 14. September, von 16 bis 21 Uhr im Wiener Stephansdom stattfindet. Neben Kardinal Christoph Schönborn, der um 19 Uhr die Heilige Messe zelebriert, hat für die 14. Auflage des Gebetstreffens unter anderem der neue Weihbischof von Tirana, Arjan Dodaj (44), sein Kommen zugesagt. Hintergrund der Veranstaltung ist heuer auch das 40-Jahr-Jubiläum der Berichte von Marienerscheinungen in Medjugorje.

Der Lebenswandel von Bischof Dodaj ist außergewöhnlich: In einer atheistischen Familie aufgewachsen, floh er als 16-Jähriger kurz nach Ende des Kommunismus mit einem Schlauchboot illegal nach Italien, wo er sich als Schweißler und Gärtner durchschlug. Zugleich lernte eine durch

Medjugorje entstandene Gemeinschaft und damit auch den christlichen Glauben kennen, ließ sich taufen und wollte Priester werden. Nach seiner Weihe durch Papst Johannes Paul II. war er Kaplan der albanischen Gemeinde in Rom, dann Missionspriester in seiner Heimat. Papst Franziskus ernannte Dodaj im April 2020 zum Weihbischof der Erzdiözese Tirana-Durres.

Glaubenszeugnisse beim Friedensgebet kommen außer von Dodaj auch von weiteren Personen und Initiativen, die mit Medjugorje verbunden sind: So etwa von Mitgliedern der Gemeinschaft Cenacolo, die für junge Menschen in Drogen- und Alkoholproblemen sowie Depressionen neue Perspektiven eröffnet, von der Ernährungsinitiative "Mary's Meals", die derzeit rund zwei Millionen Kindern in 19 der ärmsten Ländern Schulmahlzeiten und damit auch den Schulbesuch ermöglicht, von Marija Pavlovic-Lunetti, die als eine der "Seher" aus Medjugorje gilt, sowie

von der Ordensgemeinschaft "Maria, Königin des Friedens".

Aus Medjugorje werden seit 1981 Erscheinungen der Gottesmutter Maria berichtet, über deren Echtheit der Vatikan bisher kein abschließendes Urteil gefällt hat. Mit bis zu zwei Millionen Pilgern pro Jahr - eine Zahl, die sich freilich auf die Zeit vor der Corona-Krise bezieht - zählt der herzegowinische Ort zu den wichtigsten

katholischen Wallfahrtsorten der Welt. Das seit 2008 jährlich durchgeführte Friedensgebet im Wiener Stephansdom gilt als das wichtigste darauf Bezug nehmende Treffen und ist auch eine der größten regelmäßigen religiösen Veranstaltungen in Österreich (Infos: www.friedensgebet.at, Live-Übertragungen unter www.radiomaria.at und www.kit-tv.at)

V A T I K A N & R O M

Papst: Pfarren zu "Fitnessstudios christlichen Lebens" machen

Grußbotschaft mit ermutigenden Worten an Bischöfe aus strukturschwachen Räumen Italiens

Vatikanstadt, 31.08.2021 (KAP) Papst Franziskus hat Bischöfe aus den strukturschwachen Räumen Italiens zu einem neuen Aufbruch ermutigt. Resignation und "nostalgisches Bedauern" bewirkten keine Fortschritte, schrieb er am Montag in einer Grußbotschaft an die Teilnehmer einer Konferenz in Benevent (Kampanien).

Dort beraten Bischöfe mehrerer italienischer Diözesen über Probleme wie Überalterung, Entvölkerung und schwindende Infrastruktur. Ziel der bis Dienstag dauernden zweitägigen

Veranstaltung ist die Erarbeitung eines Plans für eine "pastorale Wiederbelebung". Vertreten sind unter anderen die Regionen Basilicata, Kalabrien und Molise.

"Lasst euch nicht von den Schwierigkeiten lähmen", heißt es im Schreiben des Papstes. Vielmehr sei es an der Zeit, "sich in Bewegung zu setzen". Franziskus forderte die Bischöfe auf, Pfarren und andere kirchliche Einrichtungen in "Fitnessstudios des christlichen Lebens" zu verwandeln.

Kardinal Parolin über christlichen Beitrag zu Frieden in Korea

Vatikanischer Spitzendiplomat nennt Nächstenliebe, "Mut, auf das Verbindende zu schauen" sowie "dauerhafter und konstruktiver Friede" als Ziele

Seoul, 31.08.2021 (KAP) Um einen dauerhaften Frieden in Korea zu erreichen, bedarf es aus Sicht der katholischen Kirche eines beständigen offenen Dialogs. Dieser müsse zuerst Gemeinsamkeiten in den Blick nehmen, bevor er Differenzen anspricht, so der vatikanische Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin am Dienstag in einer Rede bei einem Online-Kongress über "Frieden und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel". Bei dem vom südkoreanischen Ministerium für Wiedervereinigung organisierten internationalen Treffen sprach der zweite Mann des Vatikan über den Beitrag christlicher Kirchen zu Frieden in der Region.

Dialog, der soziale und politische Freundschaft zum Ziel habe, so Parolin, sei gekennzeichnet von der Bereitschaft, "andere anzunehmen,

sie zu begleiten und ihnen zuzuhören". Ein solcher Dialog "hilft, unsere Beziehungen zu humanisieren und Missverständnisse zu überwinden". In seiner Ansprache zeichnete der Kardinal wesentliche päpstliche Aussagen der vergangenen Jahrzehnte zu Dialog, Frieden und Versöhnung nach. In den vergangenen zwei Jahren gab es Wünsche, Papst Franziskus könne durch einen Besuch in Nordkorea zu Versöhnung der beiden koreanischen Staaten beitragen.

Christliche Tradition lehrt, so Parolin, dass wesentliche Elemente des Friedens "Eintracht und vor allem Ordnung sind". Insofern könne Friede als "geordnete Eintracht" aufgefasst werden. "Wenn in unserer Welt echter Frieden herrschen soll", muss nach Aussage des katholischen Chefdiplomaten "Gerechtigkeit ihre

Erfüllung in Nächstenliebe finden und im Mut, auf das zu schauen, was uns verbindet." Das sei das beständige Ziel vatikanischer Diplomatie.

Letzten Endes sei ein Friede, der nicht bloß durch die Abwesenheit von Krieg gekennzeichnet ist, sondern dauerhaft und konstruktiv ist, eine Frucht von Liebe im gesellschaftlichen und politischen Raum, sagte Parolin mit Verweis auf die jüngste Papst-Enzyklika "Fratelli tutti" vom Oktober 2020. Der Weg des Friedens aber

werde "nie vollendet sein, solange Gerechtigkeit nicht durch Versöhnung ergänzt wird".

In seiner Ansprache zitierte der Kardinal auch östliche Weisheitslehrer wie Konfuzius. Diesem zufolge beinhaltet das für Dialog und Frieden notwendige Wohlwollen "Selbstbeherrschung und Liebe zu den anderen". "Frieden ist keine Schwäche, kein Zeichen von Unzulänglichkeit oder Feigheit", so Parolin. Frieden "ist die Tochter von Gerechtigkeit und Liebe".

Papst spricht mit Sant'Egidio-Gründer über Armutsfragen

Privataudienz für Historiker Andrea Riccardi aus Anlass des Ägidius-Festes

Vatikanstadt, 30.08.2021 (KAP) Papst Franziskus hat am Montag den Gründer der katholischen Gemeinschaft Sant'Egidio, Andrea Riccardi (71), in Privataudienz empfangen. Anlass war nach Angaben der Organisation das bevorstehende Fest des Namenspatrons der Gemeinschaft, des Heiligen Ägidius, am 1. September. Inhalt der Unterredung seien unter anderem die pandemiebedingt

wachsende Armut unter Familien und alten Menschen gewesen - und was dagegen zu tun sei.

Die 1968 von Riccardi und einigen Freunden gegründete Gemeinschaft hat ihre Anfänge in der Sozial- und Caritasarbeit mit Schülern und sozial benachteiligten Familien. Auch in der Alten-Sozialarbeit ist die inzwischen international tätige Gruppe weiterhin sehr aktiv.

Sant'Egidio-Gründer beklagt Mangel an Friedensgebeten

Andrea Riccardi nach Papst-Treffen: Jeder sollte täglich für Länder im Krieg beten

Vatikanstadt, 31.08.2021 (KAP) Nach Ansicht des Gründers der katholischen Gemeinschaft Sant'Egidio, Andrea Riccardi, wird in den Kirchen zu wenig um Frieden gebetet. Im Interview des Portals Vatican News (Dienstag) empfahl er, "jeden Tag" mit dem Rosenkranz für alle im Krieg befindlichen Länder zu beten. Der 71-Jährige unterstützt damit den Appell des Papstes, der am Sonntag alle Christen weltweit zum Gebet für das Krisenland Afghanistan aufgerufen hatte.

"Ich glaube, dass in dieser globalen Welt jeder Mann und jede Frau etwas tun kann",

betonte Riccardi. Keinesfalls dürfe aus einem Gefühl der Ohnmacht Gleichgültigkeit erwachsen. Gebete und Fasten seien ein probates Mittel, selbst gegen weit entfernte Kriege.

Der Papst hatte Riccardi am Montag empfangen. Dabei wurde nach Angaben des Italieners auch über die Lage in Afghanistan gesprochen. Die von Riccardi 1968 in Rom gegründete Bewegung Sant'Egidio widmet sich karitativer Arbeit, Diplomatie in Bürgerkriegsgebieten und dem Dialog der Religionen.

A U S L A N D

Caritas Europa: EU darf geflüchtete Afghanen nicht abweisen

Generalsekretärin Nyman: Faire Asylverfahren für "kleine Zahl" von Betroffenen - Globale Solidarität darf nicht an den EU-Grenzen enden

Brüssel, 31.08.2021 (KAP/KNA) Caritas Europa verlangt großzügige Aufnahmezusagen für afghanische Flüchtlinge in EU-Staaten. Die "kleine Zahl" von Menschen, die ankommen oder schon in Europa sind, müssten faire Asylverfahren erhalten und dürften nicht abgewiesen werden, erklärte die Generalsekretärin des katholischen Hilfswerke-Dachverbands, Maria Nyman, am Dienstag in Brüssel.

Die Caritas äußerte sich zum Afghanistan-Sondertreffen der EU-Innenminister. Nach einem Entwurf der Schlusserklärung, aus der verschiedene Medien vorab zitierten, wollen die EU-Staaten "unkontrollierte, umfangreiche und illegale Migrationsbewegungen" unterbinden. Einreisen-

de aus Afghanistan sollen Sicherheitsüberprüfungen unterzogen werden.

Nyman erklärte, globale Solidarität dürfe nicht an den EU-Grenzen enden. Die Mitgliedstaaten müssten "aufhören, Menschen als Sicherheitsbedrohung zu behandeln und auf gewaltsame Vertreibung mit Mauern und Zurückweisung zu antworten". An die EU-Regierungen appellierte sie, neben Ansiedlungsmöglichkeiten für mehr sichere Wege nach Europa zu sorgen. Dazu zählten humanitäre Korridore und Stipendien für Flüchtlinge. Auch die Familienzusammenführung müsse erleichtert werden, so die Generalsekretärin von Caritas Europa.

Diözese Bozen-Brixen ist jetzt Mitglied des Klimabündnisses

Kirche in Südtirol will "gesellschaftspolitisches Signal" und konkrete Initiativen setzen

Bozen/Rom, 31.08.2021 (KAP) Als erste katholische Diözese Italiens ist die Diözese Bozen-Brixen dem Europäischen Klima-Bündnis beigetreten. Ein entsprechendes Beitrittsdokument unterzeichnete Bischof Ivo Muser am Dienstag in Bozen, wie die Diözese mitteilte. Damit wolle die Kirche in Südtirol nicht nur ein gesellschaftspolitisches Signal setzen, sondern durch konkrete Maßnahmen ihren Einsatz für mehr öko-soziale Gerechtigkeit unterstreichen.

So verpflichtet sich die Diözese unter anderem dazu, in ihren Einrichtungen kontinuierlich den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Als beispielhafte Maßnahmen werden Initiativen zum Car-Sharing genannt, noch mehr

biologisch orientierte Landwirtschaft auf den eigenen Flächen, Photovoltaikanlagen auf diözesanen Gebäuden und anderes mehr.

Das Klimabündnis ist ein 1990 in Frankfurt (Main) gegründetes Netzwerk von Städten, Gemeinden und Landkreisen, die sich verpflichtet haben, das Weltklima zu schützen. Die bislang mehr als 1.800 Mitgliedskommunen aus 27 europäischen Ländern setzen sich für eine Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen vor Ort ein. Ihre Bündnispartner sind indigene Völker der Regenwälder, weshalb die Initiative mit vollem Namen auch "Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder/Alianza del Clima e.V." heißt.

Armenisch-katholische Kirche wählt einen neuen Patriarchen

Bislang konnten sich die Bischöfe auf keinen Nachfolger des verstorbenen Patriarchen Krikor Bedros XX. Ghabroyan einigen - Nun wird ab 20. September in Rom weiterer Versuch in Angriff genommen - Wien ist bedeutendes kulturelles Zentrum der Armenisch-apostolischen Kirche

Rom, 31.08.2021 (KAP) Die Bischöfe der Armenisch-katholischen Kirche werden sich ab dem 20. September in Rom versammeln, um einen neuen Patriarchen zu wählen, wie die Stiftung Pro Oriente unter Verweis auf den vatikanischen Pressedienst "Fides" berichtet. Seit dem Tod von Patriarch Krikor Bedros XX. Ghabroyan am 25. Mai fungiert der armenisch-katholische Erzbischof von Aleppo, Boutros Marayati, als Übergangsverwalter der mit Rom in Einheit stehenden Kirche.

Zur Armenisch-katholischen Kirche bekennen sich heute rund 470.000 Gläubige weltweit, darunter rund 325.000 in Armenien selbst. Der Rest ist über die ganze Welt verstreut. (Optimistische Schätzungen gehen auch von bis zu 700.000 armenisch-katholischen Christen weltweit aus.) In Wien gibt es eine kleine, rund 500 Mitglieder starke armenisch-katholische Gemeinde. Sitz des Patriarchats ist in Beirut. Der größte Teil der armenischen Christen gehört der von Rom unabhängigen Armenisch-apostolischen Kirche an.

Eigentlich hätte schon bei einer Synode im Juni im Libanon ein neuer Patriarch gewählt werden sollen. Doch die zwölf Bischöfe der Armenisch-katholischen Kirche konnten sich nicht einigen. Auch nach 15 Tagen habe kein Kandidat die nötige Zweidrittel-Mehrheit erreichen können, wie Erzbischof Marayati gegenüber "fides" erläuterte. Deshalb sei die Wahlsynode gemäß dem Kirchenrecht der Ostkirchen unterbrochen und die Angelegenheit an den Papst weitergeleitet worden.

Nun werden man sich am 20. September im Päpstlichen Armenischen Kolleg in Rom erneut zu zweitägigen geistlichen Exerzitien treffen. Am 22. September beginnt dann die Synodenversammlung zur Wahl des neuen Patriarchen, die unter dem Vorsitz von Kardinal Leonardo Sandri, Präfekt der Kongregation für die Orientalischen Kirchen, stattfinden wird.

Sollte die Bischofssynode erneut nicht mit einer eindeutigen Wahl enden, kämen weitere kirchenrechtliche Ausnahmeregelungen zur Anwendung. Demnach würde dann nach einer bestimmten Anzahl erfolgloser Abstimmungen

auch eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen reichen. Und wenn auch das nicht gegeben ist, würde sogar eine relative Mehrheit genügen. Hätten sogar dann noch zwei Kandidaten die gleiche Anzahl an Stimmen, wird jener Bischof Patriarch, der auf die meisten Jahre seit seiner Priesterweihe zurückblicken kann.

Die Armenisch-apostolische Kirche ist eine eigenständige orientalisches-orthodoxe Kirche und kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Armenien war das erste Land der Welt, das 301 das Christentum als Staatsreligion einführt. Die Geschichte der Armenisch-katholischen Kirche ist wesentlich kürzer und beginnt im 18. Jahrhundert. Nachdem die Armenier Ende des 11. Jahrhunderts das Fürstentum Kilikien an der türkischen Mittelmeerküste gegründet hatten, kam es immer wieder zu intensiveren Kontakten mit der Römisch-katholischen Kirche. Schon zur Zeit der Kreuzzüge gab es mehrere letztlich gescheiterte Versuche einer Union. Erst um 1740 gingen vier armenisch-apostolische Bischöfe eine Union mit Rom ein. Einer der vier wurde zum ersten Patriarchen der Armenisch-katholischen Kirche gewählt und vom Papst bestätigt. Die katholischen Armenier wurden Anfang des 20. Jahrhunderts ebenso wie alle anderen Christen Opfer des Völkermordes im Osmanischen Reich. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Armenisch-katholische Kirche reorganisiert und das Patriarchat in Beirut errichtet.

Eine besondere Rolle in dieser kleinen Kirche spielt bis heute der armenisch-katholische Mechitaristenorden, der 1701 - und damit rund 40 Jahre vor der offiziellen Union mit Rom - von Mechitar von Sebaste in Konstantinopel gegründet wurde. Der Orden hat sich um die Bewahrung und Weiterentwicklung der armenischen (und generell der christlich-orientalischen) Kultur große Verdienste erworben. So haben die Mechitaristen in Venedig und in Wien u.a. unzählige Bücher in orientalischen Sprachen gedruckt. Bis heute existiert im Mechitaristenkloster in Wien eine umfangreiche Bibliothek. Die Wiener Niederlassung gilt als bedeutendes Zentrum armenischer Kultur in Mitteleuropa.

Papst-Botschafter in Belgien und Bosnien-Herzegowina im Ruhestand

Erzbischöfe Augustine Kasujja und Luigi Pezzuto erreichen Pensionsalter

Vatikanstadt, 31.08.2021 (KAP) Papst Franziskus hat die altersbedingten Rücktritte zweier seiner Botschafter angenommen. Wie der Vatikan am Dienstag mitteilte, scheiden der Nuntius für Belgien und Luxemburg, Erzbischof Augustine Kasujja, sowie der Nuntius für Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro, Erzbischof Luigi Pezzuto, mit Erreichen der Altersgrenze von 75 Lebensjahren aus dem Amt.

Der aus Uganda stammende Kasujja war seit 2016 Papst-Botschafter in Brüssel und Luxemburg. Der Italiener Pezzuto vertrat bereits seit 2012 den Apostolischen Stuhl in Sarajewo und in Podgorica, wobei sein letzter großer Einsatz das diesjährige Internationale Jugendfestival in Medjugorje war. Von 2016 bis 2019 war er zudem Nuntius im Fürstentum Monaco.

Indonesien spannt Religionen für Impfkampagne ein

Präsident fordert angesichts nur schleppender Impfkampagne Unterstützung bei Verteilung der Impfdosen und bei Impfungen

Jakarta, 31.08.2021 (KAP/KNA) Präsident Joko Widodo will die sechs größten Religionen Indonesiens zur Verstärkung der Impfkampagne gegen Corona ins Boot holen. Der Präsident habe bei einem Treffen mit Führungspersonlichkeiten von Katholiken, Protestanten, Muslimen, Hindus, Konfuzianern und Buddhisten die Religionen aufgefordert, bei der Verteilung der Impfdosen mit den Behörden zusammenzuarbeiten und mit Freiwilligen aus ihren Reihen Menschen zu impfen, berichtet der asiatische Pressedienst Ucanews (Dienstag).

Bei dem Treffen im Präsidentenpalast, an dem für die katholische Kirche Kardinal Ignatius Suharyo als Bischofskonferenzvorsitzender teilnahm, habe Widodo eingeräumt, dass die Impfkampagne bisher nur schleppend verlaufen sei. Seit Jänner seien erst 97,5 Millionen der 260 Millionen Einwohner Indonesiens geimpft worden. Im September soll das Land demnach weitere 70 Millionen Dosen Impfstoff erhalten, die in Zusammenarbeit mit den Religionen verimpft werden sollen.

Kardinal Suharyo sagte Ucanews, die Kirche werde bei der Impfung von Obdachlosen helfen. "Wir werden mobile Teams schicken, um Menschen ohne Personalpapiere zu unterstützen, so der Erzbischof von Jakarta. Reverend Gomar Gultom vom Dachverband der protestantischen Kirchen betonte, es müsse mehr getan werden, um Impfstoff zu den Menschen in den schwer zugänglichen Regionen und im konfliktreichen Papua zu bringen. "Ich habe den Präsidenten gebeten, sich sehr genau Papua anzuschauen, weil dort viele Menschen Impfstoffe ablehnen, der von Militär und Polizei verteilt wird", so Gultom.

Das mehrheitlich muslimische Indonesien ist das am stärksten von Corona betroffene Land Südasiens. Mit Stand 30. August waren seit Beginn der Pandemie knapp 4,08 Millionen Covid-19-Fälle registriert worden; davon gelten 3,7 Millionen als genesen. Mehr als 132.000 Indonesier sind an den Folgen der Virusinfektion gestorben.

Generalvikar in Kamerun entführt

Wiederholt haben Separatisten nach Priester-Entführungen Lösegeld gefordert

Yaounde, 31.08.2021 (KAP/KNA) Im Südwesten Kameruns haben Separatisten den Generalvikar der Diözese Mamfe, Julius Agbortoko, entführt. Sie fordern umgerechnet 30.500 Euro Lösegeld,

wie die Nachrichtenplattform "Cameroun Actuel" (Dienstag) berichtet.

Demnach hatte der Generalvikar das Wochenende in Kokomuma verbracht und ein

Pfarrhaus eingeweiht. Bei seiner Rückkehr am frühen Sonntagabend sei er von bewaffneten Männern überwältigt worden, die sich als Mitglieder einer Separatistenbewegung ausgegeben hätten. Spekuliert wird, ob er möglicherweise anstelle des emeritierten Erzbischofs, Francis Teke Lysinge, als Geisel genommen worden sein könnte.

Separatisten haben in Kamerun wiederholt Priester entführt, um Lösegelder zu erpressen. Auch nahmen sie Schüler und Lehrer

kirchlicher Schulen in Geiselhaft. Die verschiedenen Bewegungen fordern eine Spaltung vom frankophonen Teil Kameruns. Auch zahlreiche Bewohner fühlen sich von der Zentralregierung in Yaounde benachteiligt. In der Krise, die 2016 begann, sind bislang mehr als 3.500 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 750.000 sind auf der Flucht. Gewalt gegen die Zivilbevölkerung wird sowohl von Separatisten als auch staatlichen Sicherheitskräften ausgeübt.

Vor 25 Jahren wurde in Burundi Erzbischof Ruhuna ermordet

Die Bürgerkriege, Morde und Massaker der 1990er-Jahre in Ruanda und Burundi hängen unmittelbar zusammen. Einer, der konsequent für Frieden und Dialog eintrat, gehörte vor 25 Jahren auch zu den Toten - Hintergrundbericht von Alexander Brüggemann

Bonn/Gitega, 31.08.2021 (KAP/KNA) Es ist schön in Burundi, dem kleinen, fruchtbaren Hügelland im Osten Afrikas. Die rote Erde, die fröhlichen Menschen könnten den Betrachter einlullen in ein vermeintliches Idyll - wüsste man nicht um all die existenziellen Probleme: dramatische Überbevölkerung, bitterste Armut, Flüchtlingselend, Bildungsnotstand, Folgen auch eines jahrelangen Bürgerkriegs, von ethnischen Dauerfehden, Rechtlosigkeit und Rachegefühlen.

Vor 25 Jahren, am 9. September 1996, wurde Joachim Ruhuna, Erzbischof von Gitega, von Hutu-Rebellen erschossen, seine Leiche verschleppt. Auch zwei Ordensfrauen starben. Ein damals junger Seminarist, Pfarrer Jean-Marie Kazitonda, berichtete Jahre später, er habe an jenem Nachmittag bei der Rückkehr vom Seminar von Burasira eigentlich ebenfalls im Jeep sitzen sollen. Doch der Erzbischof entschied unmittelbar vor der Abfahrt: "Ich fahre mit den Schwestern."

Die Ermordung Ruhunas, der 1993 sein Bischofshaus für Flüchtlinge öffnete und so wohl Hunderte vor ihren Mördern rettete, war ein trauriger Höhepunkt des Bürgerkrieges (1993-2003). "Erzbischof Ruhuna war ein Stachel im Fleisch derer, die nichts von Versöhnung hören wollten", so Kazitonda. Ihm und Ruhunas Nachfolger, Erzbischof Simon Ntamwana, liegt daher das kirchliche Werk "Neues Leben in der Versöhnung" besonders am Herzen.

Angesichts von Chaos und Ausweglosigkeit in den Dauerkrisen genießt die katholische Kirche großes Vertrauen und hohes moralisches Ansehen in der Bevölkerung. Etwa zwei Drittel

der inzwischen mehr als 11,5 Millionen Burundier sind katholisch. Hunderte Schulen, Kindergärten und Wohlfahrtseinrichtungen der Kirche gehören zum wenigen, auf dem das Gemeinwesen des armen und überbevölkerten Agrarstaates gründet. Kirchliche Stellen vergeben Kleinkredite für Händler und Handwerker, kümmern sich um Aids-Waisen, fördern die schwierige Versöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen der Hutu und Tutsi.

Blutige Konflikte prägten Burundi im 20. Jahrhundert. Joachim Ruhuna wurde am 27. Oktober 1933 in Nyabikere nordöstlich von Gitega geboren, der alten Königsstadt Burundis. Der letzte König, Ntare V., floh 1966 vor einem Tutsi-Staatsstreich in die Bundesrepublik Deutschland; der eigentliche Auftakt der folgenden Bürgerkriege.

Binnen weniger Jahre beseitigte der neue Machthaber Michel Micombero fast alle Hutu und gemäßigten Tutsi aus der Führung von Verwaltung, Armee und Polizei. Doch er bevorzugte seinerseits Leute aus seiner Heimatregion und brachte so auch eigentlich gleichgesinnte radikale Tutsi gegen sich auf.

Die Lage eskalierte, als der entmachtete König Ntare V. Ende März 1972 aus dem ugandischen Exil ins Land zurückkehrte und festgesetzt wurde. Es folgten Massenverhaftungen von Hutu, die in einen Aufstand mündeten. Micombero behielt aber die Oberhand und ließ den König ermorden. 1972 tötete das Militär in Burundi 100.000 bis 250.000 Hutu, weitgehend unbeachtet von der westlichen Weltöffentlichkeit. Die

gesamte Bildungs- und politische Elite der Hutu war tot oder ins Ausland geflohen. Micombero hielt sich noch bis 1976 - dann wurde er auch von Obristen weggeputscht.

Der spätere Erzbischof Ruhuna gehörte dem Volk der Tutsi an. Er hatte seinen Abschluss in Theologie im kongolesischen Kinshasa gemacht und wurde 1962 zum Priester geweiht. Nach einer Studienzeit in Rom leitete er ab 1970 als Rektor das Seminar von Bujumbura. 1973 wurde Ruhuna zum ersten Bischof der Diözese Ruyigi ernannt, 1982 zum Erzbischof von Gitega.

Im benachbarten Ruanda waren die ethnischen Verhältnisse umgekehrt, die Frontstellungen jedoch dieselben: zwei rivalisierende Volksgruppen, zusätzlich verstrickt in Stellvertreterkonflikte des Kalten Krieges. Im Gedächtnis der Hutu in Ruanda blieb das Tutsi-Massaker von 1972 an den Hutu im Nachbarland Burundi als Fanal haften. Als dann Exil-Ruander Anfang der 1990er-Jahre den Norden Ruandas angriffen, um die Rückkehr von Tutsi-Flüchtlings zu ermöglichen, sahen radikale Hutu ihre Stunde der Rache

gekommen: Es folgte der berüchtigte Ruanda-Völkermord 1994.

In Burundi hatte der Bürgerkrieg (1993-2003) schon früher begonnen. Abertausende Menschen starben, darunter auch viele Familienmitglieder von Erzbischof Ruhuna; insgesamt wurden mehr als 1,3 Millionen Menschen zu Flüchtlingen. Ruhuna, selbst ein Tutsi, setzte sich weiter vehement für Frieden und Dialog zwischen den beiden Volksgruppen ein. Am 13. Juli 1996 verurteilte er bei der Beisetzung der 306 Tutsi-Opfer des "Massakers von Bugendana" die Täter scharf - und unterzeichnete damit womöglich sein eigenes Todesurteil.

Ruhunas Leiche wurde am 17. September in einem Massengrab etwa drei Kilometer vom Ort des Hinterhalts gefunden. An der Trauerfeier am 19. September nahm auch Kurienkardinal Jozef Tomko als Vertreter des Papstes teil. Ruhuna wurde in der Kathedrale von Gitega beigelegt. Sein Rückgrat konnten die Mörder nicht brechen.

K U L T U R & M E D I E N

Podcast "Wollzeile 33" präsentiert theologische Bücher

Angebot von Herder Zach-Buch mit Neuerscheinungen aus Theologie, Religion und Philosophie

Wien, 31.08.2021 (KAP) Ein Podcast mit Buchbesprechungen von Theologinnen und Theologen zu Neuerscheinungen aus dem Bereich Theologie, Religion und Philosophie ist "Wollzeile 33". Das Ende Mai gestartete Angebot, das sich nach der Postadresse der Wiener Buchhandlung Herder Zach-Buch benannt hat, nimmt sich "interessante Bücher vor, die in normalen Radiosendungen und Literaturpodcasts vielleicht nicht so vorkommen", erklärt Podcast-Gestalter Tobias Mayer im Kathpress-Interview.

Oft könne man im Podcast inhaltlich mehr aus Autorengesprächen herausholen als dies herkömmliche journalistischen Buchbesprechungen vermögen, pries der beim Verlag angestellte Theologe das Format. Längere, tiefgreifende und facettenreiche Gespräche mit den Autorinnen und Autoren seien möglich, und das Ergebnis sei dann keine klassische Buchrezension oder Kritik. Als "Profi" auf dem Gebiet sehe er sich noch nicht, vielmehr solle der Podcast laufend

verbessert werden. "Ich bin aber überrascht, wie gut es läuft", so Mayer.

Bisher hat sich das neue Angebot auf theologische und philosophische Bücher spezialisiert, da dies auch der Linie von Herder Zach-Buch entspricht. Später will Mayer aber noch andere Bücher der Belletristik und Sachbuchliteratur besprechen. Der Laden in der Wollzeile 33 in Wien ist dem Herder-Verlag freundschaftlich und historisch verbunden, dabei aber eine unabhängige Buchhandlung.

Die jüngste Ausgabe des Podcasts beschäftigte sich mit Bob Dylan, anlässlich seines 80. Geburtstages. In dem Buch "HoboPilgrim. Bob Dylans Reise durch die Nacht" erzählt Knut Wenzel die spirituelle Reise von Bob Dylan bis zu den dunkelsten Gedanken, die im Song "a hard Rain ´s gonna fall" beschrieben werden.

Geplant ist in weiter Folge ein Gespräch mit Nora Bossong, die eine Essaysammlung mit teils auch religiösen Fragestellungen herausge-

geben hat. In einer weiteren Sendung kommt die jüdische Schriftstellerin Barbara Honigmann zu Wort, die in ihrem neuen Buch darüber schreibt, wie sie in den vergangenen Jahren ihren Zugang zu ihrer jüdischen Identität gefunden hat. Das

Buch findet Mayer angesichts des zunehmenden Antisemitismus wichtig.

Der Podcast kann unter <https://podcasts.apple.com/us/podcast/herders-wollzeile-33-der-b%C3%BCher-podcast-aus-der-wiener/id1568846939> gehört werden.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling, Till Schönwälder, Michaela Greil Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	